**Ursula Filipič und Elisabeth Beer**

# VORWORT

Die öffentliche Debatte räumt der Finanzkrise und ihrer Bewältigung viel Platz ein. In jüngster Zeit mehren sich dabei die Stimmen, die vor den negativen Folgewirkungen der bisherigen Anti-Krisen-Politiken warnen. So mahnte etwa der neue Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation, Guy Ryder, im Oktober 2012 anlässlich der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds, dass „anhaltend unterdurchschnittliches Wachstum und weit verbreitete Arbeitslosigkeit katastrophale Folgen" hätten und vor diesem Hintergrund „koordinierte Aktionen der Regierungen der führenden Volkswirtschaften ein Absinken in einen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Sumpf verhindern (müssen)". Ryder gibt auch zu bedenken: „Finanzielle Konsolidierung kann nur nachhaltig wirken, wenn sie mit sozialer Verantwortung und einer fairen Verteilung der Lasten einhergeht."[1] Selbst der Internationale Währungsfonds hat anlässlich der Präsentation seines jüngsten globalen Wirtschaftsausblicks eingestanden, dass der wirtschaftliche Schaden einer aggressiven Sparpolitik deutlich höher sein kann als ursprünglich angenommen.[2]

Dennoch: Die nationalen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung setzen vor allem auf Kürzungen zu Lasten breiter Bevölkerungsschichten. In vielen EU-Staaten wurden gravierende Sparpakete mit weitreichenden Einschnitten beschlossen: Lohnkürzungen im öffentlichen Bereich, Abbau von Sozialleistungen, Eingriffe in die Tarifautonomie, Einschränkung bestehender ArbeitnehmerInnenrechte und Schwächung der Gewerkschaften.

Mit der Vergabe der Studie „Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick" an FORBA (vgl. dazu Hermann/Hinrichs/Brosig in diesem Band), der Durchführung der Fachtagung sowie der Publikation dieser Tagungsdokumentation versucht die Arbeiterkammer Wien, die teils rasanten Änderungen systematisch zu erfassen und kritisch zu durchleuchten. Dabei haben wir uns zum Ziel gesetzt, einen Überblick über die nationalen Entwicklungen zu geben und darauf aufbauend Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Austeritätspolitiken und deren Auswirkungen zu erfassen.

Die Studie wie auch der vorliegende Tagungsband führen eindrücklich vor Augen, dass die Austeritätspolitiken weitreichende Folgewirkungen haben – ungeachtet der unterschiedlichen Betroffenheit einzelner Mitgliedsstaaten und verschiedener Bevölkerungsgruppen.

Der Rückbau von ArbeitnehmerInnenrechten und des Sozialstaates ist für große Teile der Bevölkerung unmittelbar spürbar. Dies belegen u. a. auch Ergebnisse der aktuellen dritten Europaweiten Erhebung zur Lebensqualität, die die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Dezember 2012 veröffentlicht hat. Demnach hat sich 2011/2012 im Vergleich mit der zweiten Erhebung zur Lebensqualität aus dem Jahr 2007 „das ökonomische und soziale Profil Europas dramatisch geändert"[3]:

---

[1] Vgl. ZEIT ONLINE, dpa; download: http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-10/arbeitslosigkeit-krise-weltweit-krise/komplettansicht?print=true, 30. Jänner 2013.

[2] Kurier vom 17. Oktober 2012.

[3] Dublin Foundation (2012), 3rd European Quality of Life Survey. Quality of life in Europe: Impacts of the crisis, Luxembourg, 9; download: http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2012/64/en/1/EF1264EN.pdf.



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 13/2013: Seiten 4–5*

- Unter den negativen Folgen der Finanzkrise haben insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen zu leiden, ihre Existenz zu sichern wird für sie zunehmend schwer. Die schwierige materielle Situation wird zudem oft durch häufigere gesundheitliche Probleme und einen schlechteren Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen verschärft.
- Arbeitslosigkeit wirkt sich gravierend auf das subjektive Wohlbefinden aus, wobei langzeitarbeitslose Menschen den höchsten Grad an sozialer Exklusion erleiden.
- Von erheblichen Benachteiligungen im Hinblick auf die Lebensqualität berichten insbesondere Befragte in den in süd- und osteuropäischen Ländern.
- Die Einschätzung der Zukunftsperspektiven variiert stark zwischen den einzelnen EU-Ländern: Während beispielsweise in Dänemark oder Schweden mehr als 80% der Befragten ihre Zukunft optimistisch einschätzen, liegen die Anteile in anderen Ländern, so etwa in Griechenland, Portugal und Italien, unter einem Drittel.
- Aus demokratiepolitischer Sicht besonders bedenklich ist, dass gleichzeitig das Vertrauen in öffentliche Institutionen, speziell in nationale Regierungen und Parlamente, sinkt. Dies gilt vor allem für die von der Krise besonders betroffenen Länder.

Die Auseinandersetzung mit den Austeritätsmaßnahmen findet vor diesem Hintergrund der Verschlechterung von Lebensbedingungen, zunehmender politischer Apathie und dem Verlust des Vertrauens in zentrale politische Institutionen statt.

Der neoliberale Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ist keine „hidden agenda“ mehr, sondern wird ganz offen vertreten! Mit dem Mantra „nationale Wettbewerbsfähigkeit stärken“ werden europäische Sozialstaaten demontiert, ohne Rücksicht auf Binnennachfrage, Kaufkraft und Teilhabechancen der betroffenen Bevölkerung.

Studienvergabe, Tagung und Tagungsdokumentation sind vom Bestreben der Arbeiterkammer geleitet, diese Entwicklungen nicht einfach hinzunehmen sondern alternative Wege aufzuzeigen und Gegenkräfte zu mobilisieren.

Der vorliegende Tagunsband dokumentiert die Inputs der ExpertInnen sowie die Diskussion der AK-Fachtagung vom 3. Dezember 2012. Auf den Beitrag von Frau Madeleine Mahovsky von der EU-Kommission musste leider verzichtet werden, da er nicht zeitgerecht fertiggestellt werden konnte.

Ursula Filipič und Elisabeth Beer
Wien, März 2013



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 13/2013: Seiten 4–5*